

Pressemitteilung

Gesundheitspolitik auf dem Weg in den Sozialismus

Bad Segeberg, 22.11.2005

Die Ärztgenossenschaften in Deutschland treibt die Sorge um, dass die von Ministerin Schmidt verantwortete Gesundheitspolitik die Patientenversorgung nachhaltig gefährdet. Der Bundesverband der Ärztgenossenschaften e.V. i.G. (BVÄG) wendet sich daher mit einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel.

In ihrem Schreiben äußern die Genossenschaften die Sorge, dass es Ministerin Schmidt bei einer Fortsetzung ihrer Politik gelingen wird, den Wachstumsmotor Gesundheitsmarkt auszubremsen. „Frau Schmidt scheint nicht zu verstehen, dass sie mit ihren staatlichen Eingriffen in unser Gesundheitssystem den dringend benötigten Wettbewerb verhindert. Ihre letzte Forderung nach Angleichung der Vergütung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung wird zu einer deutlichen Absenkung des Versorgungsniveaus in Deutschland führen. Wie soll so ein Wachstumsmotor überhaupt anspringen?“, so Dr. Klaus Bittmann, Vorsitzender des Bundesverbandes der Ärztgenossenschaften.

„Wir brauchen dringend mehr Wettbewerb“, so Bittmann weiter, „sowie einen deutlichen Abbau der Bürokratie!“ Sollte die Politik mit der nächsten Gesundheitsreform in 2006 nicht deutlich zur Deregulierung beitragen und über mehr Wettbewerb auch wirtschaftliche Anreize schaffen, so wird sich die Versorgung der Patienten weiter verschlechtern. Die im Bundesverband organisierten Genossenschaften prophezeien Deutschland in wenigen Jahren englische Verhältnisse. Das kann niemand wollen, nicht die Politik, nicht die Ärzte und schon gar nicht die Patienten.

Natürlich geht es um mehr Geld. Es geht um mehr Geld für mehr Leistungen und damit für die Versorgung von mehr Patienten. Nur so kann die Ausdehnung der Leistungseinschränkung verhindert werden.

„Wollen wir das derzeitige Versorgungsniveau aufrecht erhalten, so brauchen wir mehr Ärzte und zwar in freier Praxis und im Krankenhaus. Diesen neuen Kollegen müssen wir aber auch eine Perspektive bieten.“ mahnt Vorstand des BVÄG, Bittmann weiter. Wir brauchen mehr Planungssicherheit, damit wir wieder investieren und Arbeitsplätze schaffen können und nicht gezwungen werden weitere abzubauen.“

Die Genossenschaften fordern daher die Liberalisierung der Kostenerstattung, weil sie hier einen Ausweg aus dem Spar-Karussell sehen.

(Der Text des offenen Briefes ist nachzulesen unter www.aegsh.de.)

Der Bundesverband ist ein Zusammenschluss von derzeit 10 Ärztgenossenschaften aus Deutschland.

Zweck des Verbands ist die Stärkung der Würde, der Freiheit und der Selbstbestimmung des Berufsstandes der Ärzte und Psychotherapeuten.

Vorstand:

Dr. Klaus Bittmann
04551/9999 0

Dr. Rainer Woltmann
04431-92860

Dr. Bärbel Grashoff
0731-610041

Mitglieder:

ÄG Hamburg eG

ÄG Nord-West eG

ÄG Schleswig-Holstein eG

ÄG Westfalen-Lippe eG

Augenärztliche
Genossenschaft Bayern eG

Beratungs- und Abrechnungsgenossenschaft für Mediziner eG

Gesundheitsnetz Süd eG

Gesundheitsorganisation
Ludwigshafen eG

Gesundheitsverbund Jülicher
Land eG

Westpfälzer

Gesundheitsorganisation eG

Kooperiert:

Gesundheitsoffensive Hessen
e.V.